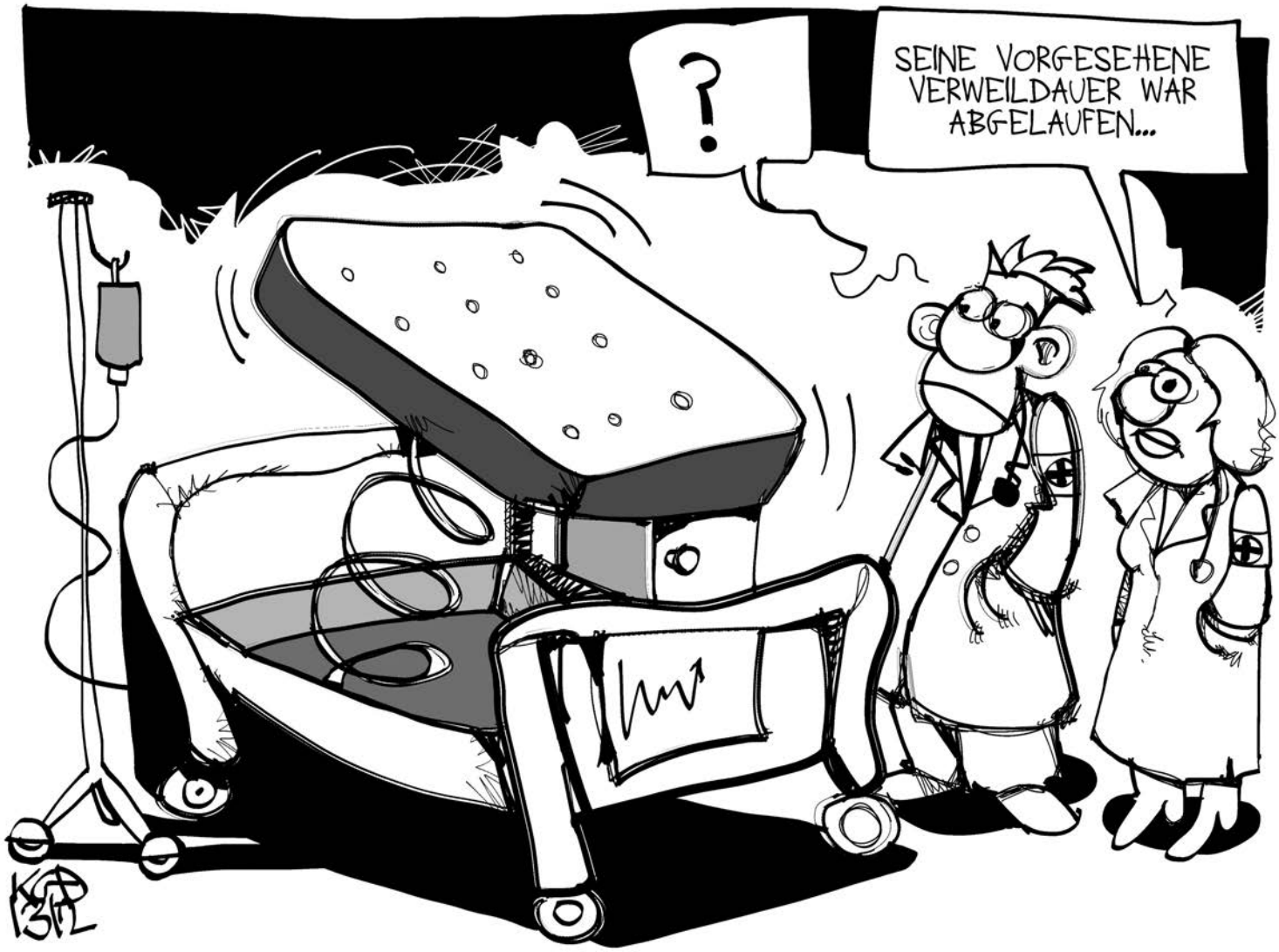
Ökumenische Notizen

Evangelische Betriebsseelsorge Sindelfingen

2014

Katholische Betriebsseelsorge Böblingen



Gesundheit und Pflege - auf wessen Kosten?

Liebe Leserinnen und Leser,

diese Ausgabe der „Ökumenischen Notizen“ richtet den Blick besonders auf die Arbeitsbedingungen in der Kranken- und Altenpflege und auf die dazu gehörende Gesetzgebung vor dem Hintergrund der bevorstehenden Wahlen.

Wie sind wir auf diese unerwartete wie reizvolle Kombination gekommen? Die Evangelische Betriebsseelsorge Sindelfingen möchte das Thema „Pflegeberufe in Not“ - beim Brunch im Februar 2013 breit behandelt - in vertiefter Form fortführen. Die Katholische Betriebsseelsorge Böblingen und die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) wollten weiterarbeiten am Thema der beiden 2012 und 2013 vom DGB ausgerichteten „Europa-Kongresse“ in Böblingen und Sindelfingen. Hier wurde die Aufmerksamkeit über den deutschen Tellerrand hinaus auf die konkreten Folgen der Bankenkrise in anderen Ländern gelenkt. So kam der Schwerpunkt - auch im Blick auf die Kommunal- und Europawahlen am 25. Mai 2014 - zustande.

Das Schwerpunkt-Thema wird von mehreren Seiten beleuchtet: Von den Strukturen unserer Klinik-Landschaft im Landkreis und der Beschreibung einer griechischen Sozial-Klinik bis zu den konkreten Nöten einer Beschäftigten in ihrem Ringen um angemessene Eingruppierung; von der Analyse der gegenwärtigen Pflege-Bedingungen vor Ort zum FairCare-Projekt für osteuropäische Frauen in der häuslichen Pflege; außerdem finden Sie Erläuterungen aus der EU-Administration in Brüssel zu Möglichkeiten und Grenzen europäischer Politik im Gesundheitsbereich.

Da es das letzte Heft ist, das Betriebsseelsorger Hartmut Zweigle mitverantwortet, enthält der evangelische Rückblick eine Würdigung seiner langjährigen Tätigkeit.

Wie üblich erinnern wir an verschiedene Veranstaltungen der vergangenen zwölf Monate und geben eine Terminübersicht dessen, was für dieses Jahr von beiden Einrichtungen geplant ist.

Ein Wort des Dankes an das Redaktionsteam: Es hat zum wiederholten Mal unser gemeinsames Anliegen und unsere Beobachtungen journalistisch aufgenommen und in leicht lesbare Form gebracht.

Wir wünschen eine aufmerksame, nachdenkliche und politisch bewegende Lektüre und würden uns freuen, möglichst viele im Mai an der Wahlurne zu treffen.

Walter Wedl

Walter Wedl
Katholischer Betriebsseelsorger

Hartmut Zweigle

Pfarrer Hartmut Zweigle
Evangelischer Betriebsseelsorger

Impressum

Die *Ökumenischen Notizen* sind eine gemeinsame Publikation der Katholischen Betriebsseelsorge Böblingen und der Evangelischen Betriebsseelsorge Sindelfingen (Kontakt siehe Rückseite).
Redaktion: Franziska Grimm (V.i.S.d.P.), Renate Lück, Bärbel Schmidt - Auflage: 600
Fotos: Redaktion bzw. zugesandt, Titelbild: Kostas Koufogiorgos

Schwerpunkt

Gesundheitswesen im Umbruch

Herbert Dietel, 56 Jahre, ist Sozialarbeiter. Als solcher begleitete er ab 1981 die Patienten im Kreiskrankenhaus Nagold. 1985 wurde er Personalrat, war von 1997 bis 2005 Vorsitzender des Personalrats und nach der GmbH-Gründung des Betriebsrats. 2006 wurde die Holding Südwest gegründet und 2008 der Konzernbetriebsrat. Die Betriebsräte der Kliniken betreuen zirka 4.300 Beschäftigte in den einzelnen Krankenhausgesellschaften und der Service-GmbH. Nun ist Dietel Vorsitzender des Konzernbetriebsrats des Klinikverbundes Südwest und einer der wenigen Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten.

Die Veränderungen im Gesundheitswesen erklärt er so: Vor zirka zehn Jahren wurde bundesweit das System der Krankenhausfinanzierung vom Selbstkostendeckungsprinzip auf die DRG-Systematik (Fallpauschalen) umgestellt. Leistungen sollten vergleichbar und unwirtschaftliche Kostenstrukturen aufgedeckt werden. Dies hat zu einer massiven Verkürzung der Verweildauer im Krankenhaus geführt mit weitreichenden Folgen für die Patienten. Die Krankenhäuser wurden Wirtschaftsbetriebe und der Kostendruck auf die Träger wird seitdem direkt an die Beschäftigten weitergereicht. Die Betriebsräte sind dabei die Interessenvertreter der Beschäftigten, so Dietel.

Die Umstellung in eine GmbH zwang die Leitung, mindestens einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Von der 2006 in Aussicht gestellten Gewinn-Erzielung war dabei allerdings schon nach Kurzem keine Rede mehr. Die kommunalen Krankenhäuser sind keine rechtlich-öffentliche Anstalten mehr, sondern gemeinnützige Gesellschaften. „Gemeinnützig“ heißt, sie dürfen eigentlich keinen Gewinn machen. Entsprechend GmbH-Recht können sie andererseits aber auch pleite gehen. Der Geschäftsführer des Klinikverbunds versuchte, durch Synergie-Effekte, wie eine zentrale Apotheke, eine zentrale Küche und eine zentrale Verwaltung, unwirtschaftliche Strukturen abzubauen. Von zwölf Köchen musste die Hälfte gehen, neu eingestellte Mitarbeiterinnen arbeiten mit Zeit-Tarifen. Sechs Verwaltungen, der Einkauf etc. wurden zusammengelegt, Mitarbeiter versetzt.

Dietel erzählt auch von dem neuen Gebäude für die Service-GmbH in Calw-Stammheim, das mehr als 10 Millionen Euro kostete. Dafür bürgen die Gesellschafter und bezahlen die Hypotheken und Zinsen. Die Service-GmbH beschäftigt inzwischen viele hundert Personen in Reinigung und Küche für einen Stundenlohn von rund neun Euro.

Das Vertrauen ist weg

Wegen der Fallpauschalen, die erfassen, welcher Zeitaufwand hinter jeder Diagnose steckt, gebe es zwischen Krankenhäusern und Krankenkassen mittlerweile eine regelrechte Misstrauenskultur, ob tatsächlich „richtig“ dokumentiert wird. Das führt zu vielen Streitfällen, oft zu Lasten der Krankenhäuser. „Dabei werden ihnen offensichtlich Mittel vorenthalten. Inzwischen schwimmen die Krankenkassen im Geld“, ärgert sich Dietel. „30 Milliarden Euro haben sie in Deutschland auf der hohen Kante, davon zirka ein Drittel von den Krankenhäusern. Was jetzt nicht investiert wird, fällt uns in ein paar Jahren doppelt und dreifach vor die Füße. Die Krise ist jetzt, man kann sich auch kaputtsparen.“

Im sogenannten Dualen System ist die Förderung der Krankenhäuser Sache des Landes. In Baden-Württemberg gebe es einen Investitionsstau von etwa einer Milliarde Euro, so Dietel. Das Land zahlt für förderfähige Neubauten nur 45 Prozent, den Rest müssen die Träger „irgendwie“ finanzieren. Eine Inten-

sivstation etwa ist förderfähig, der Neubau der Eingangshalle nicht.

Die Betriebsräte haben seit 2008 zusammen mit Verdi auf die Unterfinanzierung reagiert, die anscheinend landes- und bundespolitisch gewollt ist, denn **alle Parteien** möchten zirka 20 % der Kapazitäten herunterfahren. Mit großen Aktionen (Höhepunkt eine Massenkundgebung in Berlin mit 130 000 Teilnehmern) wurde versucht, die Öffentlichkeit aufzurütteln. „Man muss nicht groß rechnen“, so Dietel: „Bei Personaletats, die ungefähr zwei Drittel der gedeckelten Krankenhausbudgets ausmachen, versuchen die Träger dort zu sparen, wo man sich die größten Einspareffekte erwartet.“

Die Hauptlast tragen die Frauen

Eine Hauptlast trägt der Pflegedienst mit Mindest-, besser gesagt Minimalbesetzung. Überlastungsanzeigen zeigen die „Brennpunkte“, so dass die Betriebsräte reagieren können. Wird der Putzdienst in die Service-Gesellschaft verlagert, heißt das offiziell nicht „Outsourcing“, sondern schönfärberisch „Insourcing“, obwohl die Frauen mies bezahlt werden wie bei Privatfirmen. „Trotzdem: Im Gegensatz zu den Privatfirmen zahlt die Service-GmbH wenigstens pünktlich und hat einen Betriebsrat, obwohl er zwischen den 50 Kilometer entfernten Krankenhäusern hin- und herpendelt“, sagt Dietel. Er kümmert sich auch um die Leute in der Küche in Calw, die bei 6 bis 8 Grad Celsius mehrere tausend Mahlzeiten portionieren und mit Lärmschutz Geschirr spülen. „Die hohen EU-Standards werden dort erfüllt, das ist vorbildlich. Aber die Lohnbedingungen hinken hinterher.“

Dietel legt trotzdem großen Wert darauf, dass alle Berufsgruppen im Klinikverbund **gute Arbeit** abliefern. „Es besteht immer noch ein hoher Identifikationsgrad mit unseren Krankenhäusern. Die Beschäftigten sind bemüht, dass die Qualität der Patientenversorgung und damit das Vertrauen der Bevölkerung in unsere Häuser aufrechterhalten bleibt. Es soll aber niemand hinterher sagen, dass man nicht frühzeitig die Gefahren beschrieben hätte“, so der Betriebsrat.

Private gegen kommunale Kliniken

Nach einer großen Regionalkonferenz mit Politikern von Land und Städten wegen der Unterfinanzierung der Krankenhäuser beschloss die Bundesregierung, dass die deutschen Krankenhäuser 1,1 Milliarden Euro bekommen sollen. „Das sind für den Klinikverbund Südwest ein paar Millionen, ‚Peanuts‘ also“. Mittlerweile bröckelt die Gemeinsamkeit der Träger. „Die privaten waren nicht mehr so wild drauf, dass die Bundesregierung Geld locker macht, weil sie genug Geld haben. Deren Aktionäre wollen ja Geld anlegen für Dividenden“, erklärt Dietel. Deshalb versuchten die Akquiseabteilungen, kommunale Krankenhäuser aufzukaufen, und lockten arme Landkreise damit, dass sie dann die Kosten vorgeblich los sind. Denn mancher Kämmerer wäre froh, wenn er das ersparte Geld für Kindergärten oder Straßen verwenden könnte. Der Verband privater Klinikkonzerne klagte inzwischen gegen den bettelarmen Landkreis Calw wegen unerlaubter öffentlicher Beihilfen. Selbst wenn die Klage bis zum EuGH läuft, hatte sie den ersten Zweck, Verunsicherung zu erzeugen, schon erfüllt, so Dietel. Doch das Tübinger Landgericht wies im Dezember 2013 die Musterklage ab. Die 5. Strafkammer sah in den Subventionen keinen Verstoß gegen europäisches Wettbewerbsrecht, denn kommunale Krankenhäuser seien ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und müssen laut EU-Recht nicht den Kräften des freien Marktes überlassen werden.

Lokale Interessen

Oberbürgermeister Dr. Vöhringer will aus dem Klinikverbund aussteigen, weil das Sindelfinger Haus ein Zuschussbetrieb sei. Gleichzeitig will man mit dem Landkreis einen Neubau für 334 Millionen Euro auf dem Flugfeld in Angriff nehmen, für eine Bestandssanierung (bis der Neubau bezugsfertig ist) braucht man aber viele Millionen Euro.

Landkreis und Stadt Sindelfingen fordern jeweils für den Ausstieg Geld, beide unterstützt von guten, teuren (!) Gutachten. Bevor es Förderzusagen gibt, will die Landesregierung eine regionale Gesundheitsplanung sehen. „Dafür müssen die Landkreise Calw und Böblingen eine schlüssige **gemeinsame** Konzeption vorlegen. Das dürfte schwierig sein, weil es über Kreis- und Stadtgrenzen hinweg geht und die lokalen Politiker oft nur für ihre Heimat-Krankenhäuser sprechen. **Doch ohne Gesamtkonzept gibt es keinen Zuschuss vom Land**, das sollte allen Beteiligten klar sein. **Da es auch zu Betriebsänderungen kommen wird, darf es für die Beschäftigten betriebsbedingte Kündigungen geben; Nachteile sind aber zu vermeiden bzw. mit einem Sozialplan plus auszugleichen**“, fordert der Konzernbetriebsrat.

Spätestens seit der Bankenkrise fehlen Gemeinden und Landkreisen Steuergelder. Außer für die kommunalen Krankenhäuser mangelt es an Geld für den Erhalt von öffentlichen Straßen und Gebäuden, der Versorgungsnetze und auch der sozialen Infrastruktur. Dabei sei kaum eine andere Sparte so von politischen und ökonomischen Zusammenhängen betroffen wie das System der Gesundheitsversorgung. Bei kaum einem anderen Thema sei die emotionale Betroffenheit so groß wie bei Krankheit und Gesundheit. „Es gibt kritische Stimmen dazu“, sagt Dietel und zeigt das Büchlein „**Gesundheit ist keine Ware**“ von Attac.

In Baden-Württemberg gebe es (noch) viele kommunale Kliniken und alle Krankenhäuser in den Landkreisen schrieben rote Zahlen. Deshalb wurden die Beschäftigten aufgefordert, mit einem Notlagen-Tarifvertrag einen Beitrag zu leisten und auf Weihnachtsgeld und Leistungszulagen zu verzichten. Vorgerechnet wurde, dass dies in den sechs Kliniken des Klinikverbundes rund 14 Millionen Euro bringen soll. Das wurde aber durch den massiven Druck der Beschäftigten mit der Unterstützung von Verdi verhindert. „Wir wollen nicht durch Tarifabsenkungen die defizitären Haushalte und die Bauvorhaben finanzieren“, sagt Herbert Dietel. Die Ärzte wären bei diesem Deal ausgenommen gewesen, es hätte vorrangig die Krankenschwestern und -pfleger, Laborantinnen, Handwerker etc. betroffen.

Wie es insgesamt mit den Krankenhäusern weitergehen wird, ist die große und spannende Frage. „**Die Krankenhausfinanzierung muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden und ein Bundesgesetz für eine ordentliche Personalbemessung sorgen**“, so Dietel. „Bisher wurden die Rahmenbedingungen immer schlechter. Und die Letzten - nämlich die Patienten - beißen die Hunde.“ Nun hofft der Konzernbetriebsrat, dass die neue Regierung dem neoliberalen Trend zugunsten einer ganzheitlichen, sozialen und bedarfsgerechten Gesundheitspolitik Einhalt gebietet.

Renate Lück

Stützt oder schwächt Europa das lokale Gesundheitswesen?

Im Vorfeld der Europa-Wahl im Mai 2014 wollten wir wissen, wie sich Entscheidungen in Brüssel, etwa im Gesundheitswesen, bei uns vor Ort auswirken. Doch zuerst einmal die Strukturen zwischen Brüssel und Straßburg:

Der normale Weg für ein Gesetz ist ähnlich wie in Bundestag und Bundesrat: Die Kommission - in der Doppelrolle Regierung und Ministerien - erarbeitet einen Vorschlag und legt ihn vor. Im Parlament sitzen die gewählten Abgeordneten und im Rat die Vertreter der Mitgliedsstaaten. Im Parlament gibt es keine Opposition, weshalb für alle Entscheidungen Mehrheiten gesucht werden müssen. Zwischen Parlament und Rat muss verhandelt werden, bis man sich einigt. Manchmal läuft es auch anders: Bei der Finanzkrise setzten sich die Staatschefs zusammen und die Kommission blieb außen vor. Und dann drückten die Staatschefs Griechenland ein Gesetz aufs Auge. „So etwas erzeugt die EU-Frustration“, sagt Philine Scholze, Sachverständige für Soziales und Beschäftigung in der Fraktion Grüne/Europäische Freie Allianz.

Was besonders auffällt, ist die neoliberale Tendenz der europäischen Kommission, etwa wenn sie die Wasserversorgung öffentlich ausschreiben lassen will. Danach gefragt, antwortet Philine Scholze, dass es so **war**. Inzwischen sei dies verstärkt eine Tendenz der Länder. Die EU habe dazugelernt und viele Fehler aus den 1980ern und 90ern beseitigt. Doch wenn sie versuchte, einzelne Dinge zu ändern, rissen die Staatschefs das an sich. „Und

dann wird häufig die EU in Haftung genommen für Dinge, die die Staatschefs untereinander ausbaldowert haben.“

Straßburg: EU-Parlamentssaal

Mit den alten Verträgen sei viel Schindluder getrieben worden, sagt Philine Scholze. Aber mit den neuen gehe das nicht mehr. Beim Lissabon-Vertrag gebe es ein explizites Protokoll zur Daseinsvorsorge. Das respektiert die besondere Schutzrolle. Dann greife das Wettbewerbsrecht nicht. Die Grenze liege zwischen dem reinen Markt und dem allgemeinen Interesse. Wenn private Kliniken kommunale Krankenhäuser verklagen wegen „unerlaubter Unterstützung“ - sprich: öffentlicher Subventionen - findet sie es gut, „dass so etwas mal als Klage auf den Tisch kommt, um zu belegen, dass vernünftig gemachte Beihilfe sehr wohl ihre Berechtigung hat.“ Denn von der EU werden Beihilfen akzeptiert bzw. respektiert, solange einige Regeln eingehalten werden, nachzulesen in den Altmark-Kriterien:

1. Das begünstigte Unternehmen muss tatsächlich mit der Erfüllung von gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen betraut sein, diese Verpflichtungen müssen klar definiert sein. (Ein Betrauungsakt kann auch im Rahmen eines Vertrages erfolgen).

2. Die Parameter, anhand deren der Ausgleich berechnet wird, müssen zuvor objektiv und transparent aufgestellt werden.

3. Der Ausgleich darf nicht über das hinausgehen, was erforderlich ist, um die Kosten der Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen unter Berücksichtigung der dabei anfallenden Einnahmen und eines angemessenen Gewinns aus der Erfüllung dieses Verpflichtung ganz oder teilweise zu decken.

4. Wenn die Auswahl eines beauftragten Unternehmens nicht im Rahmen eines Verfahrens zur Vergabe öffentlicher Aufträge erfolgt, ist die Höhe der Ausgleichszahlung auf der Grundlage einer Analyse der Kosten zu bestimmen, die einem durchschnittlichen, gut geführten Unternehmen entsprechen.

Eher eine mentale Hürde

„Wenn man die Kriterien Ausschreibung und Kostenanalyse abarbeitet, sagt die EU nicht: Das dürft ihr nicht“, so Philine Scholze. Es sei eher eine mentale Hürde. Die Sozialträger und Kommunen hätten oft eine diffuse Angst, gegen EU-Wettbewerbsregeln zu verstoßen. „Sollen die Privaten doch klagen. Wenn man eine soziale Verpflichtung und eine Kostenanalyse hat, wird das geklärt“, ermutigt sie. Wie die Daseinsvorsorge organisiert wird, ist Ländersache. Auch die Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals. Es gebe in den mittlerweile 28 Ländern alle Formen von Ehrenamtlichen bis Privatfirmen bei der Versorgung. Nur bei staatlichem Zuschuss müssen die Regeln eingehalten werden.

Die EU ist für Gesundheit nicht zuständig. Sie bietet einen offenen Prozess des gegenseitigen Lernens und koordiniert nur im kleinen Rahmen, wenn es um Epidemien, wie Vogelgrippe oder Rinderwahnsinn, geht. Kompetenzen hat sie nur dort, wo es über eine Grenze geht, zum Beispiel bei der EU-Krankenversicherungskarte, die gestattet, im Urlaub im Ausland zum Arzt zu gehen, oder die Koordinierung der Sozialversicherungen. Eine kleine Richtlinie regelt noch den grenzüberschreitenden Patientenschutz sowohl für Patienten als auch für Dienstleister, etwa zwischen Straßburg und Kehl. Alle medizinischen Berufe sind reglementiert, das heißt, nur wer die anerkannte Qualifikation nachweisen kann, kann als Krankenschwester in einem anderen EU-Land arbeiten. Die Finanzierung ist aber nationale Angelegenheit.

Wenn osteuropäische Pflegekräfte für deutsche Hilfsbedürftige angeworben werden, müssen sie Mindest-Sprachkenntnisse nachweisen. „Ich finde es nicht schlecht, wenn das unsere Sozialträger in die Hand nehmen, um die Qualität sicherzustellen. Und die Betriebsräte können ihnen sagen: Die Leute tragen ihr Wissen ja auch in ihre Heimatländer zurück.“ Das Ganze müsse aber von Rechten

begleitet werden, damit man die Personen nicht ausquetscht und dann zurückschickt. Die Gewerkschaften sollten sich anstrengen, das Pflegepersonal - auch Migrant_innen - ähnlich wie Hausangestellte nach der ILO-Konvention besser zu organisieren. Philine Scholze freut sich, dass der Mindestlohn kommt. „Der ist bitter nötig, besonders für Leute aus dem Ausland." Die EU akzeptiere allgemein verbindliche Tarifverträge, wie es sie schon bundesweit im Reinigungsgewerbe und beim Bau gibt. Wenn die nicht eingehalten werden, sei das illegal und müsse kontrolliert werden. Die Löhne bleiben nationale Aufgabe, auch was die Krankenkassen mit den Krankenhäusern aushandeln.

Auf die Frage nach ihrer Motivation, zur Europawahl zu gehen, antwortet die in Brüssel wohnende Deutsche: „Weil dort wichtige Sachen entschieden werden, zum Beispiel wie sich die Banken zu organisieren haben oder wie das Armutsziel erreicht werden kann. Ich kann nach Holland fahren und habe denselben Verbraucherschutz wie in Brüssel oder in Deutschland. Arbeitslosengeld und Krankenhausaufenthalt sind geregelt und ich kann im Urlaub zum Arzt in einem anderen Land gehen. Was Grenzen sind, muss ich einem Jugendlichen, der noch nie außerhalb Europas war, erst erklären. Wir lernen voneinander."

Renate Lück

Gesundheitsversorgung im Griechenland der Troika

Gina Panagiotopoulou, Ärztin aus Kalamata (Südpeloponnes), berichtete auf dem Europakongress in Böblingen vom 11. und 12. Oktober, den ein breites Bündnis aus DGB, örtlichen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen im Kreis, wie Betriebsseelsorge Böblingen, Attac Böblingen-Sindelfingen und viele andere veranstalteten, über Griechenland. Hier eine Zusammenfassung.

Wie bekannt, hat der griechische Staat jahrzehntelang eine Menge Schulden gemacht, die mit der Abhängigkeit der griechischen Wirtschaft von Exporten der multinationalen Konzerne nach Griechenland zusammenhängen. Diese Schulden sind seit 2008 auf Grund der unbezahlbar gewordenen hohen Schuldenzinsen noch explodiert. Obwohl für diese Schulden die griechische arbeitende Bevölkerung nicht verantwortlich ist, muss sie sie trotzdem praktisch allein bezahlen. Dafür sorgen provokante Steuererleichterungen für die Reeder, die multinationalen Gesellschaften und andere Unternehmen. Um den riesigen Schuldendienst zu ermöglichen, bekommt das Land „Hilfen", die u.a. die deutschen Steuerzahler_innen aufbringen müssen, von denen das griechische Volk aber nichts sieht, weil sie den Gläubigern, den griechischen Banken usw. zugutekommen.

Daneben bezahlt das griechische Volk mit drastischen Sparmaßnahmen und Kürzungen der Staatsausgaben, die ihm von der EU, dem IWF und der EZB, der so genannten „Troika", diktiert werden. Das hat nicht nur zu einer hausgemachten Wirtschaftskrise geführt (das Bruttoinlandsprodukt ist seit 2008 um 24 % gesunken), die das Steueraufkommen weiter verringert und so neue Schulden produziert – ein Teufelskreis. Sie haben auch eine humanitäre Katastrophe verursacht: Löhne und Renten wurden drastisch gekürzt und die Menschen massenhaft entlassen. Gleichzeitig stiegen die Preise, z. B. für Heizöl auf 1, 37 € je Liter. Die Arbeitslosigkeit verdreifachte sich seit 2009 auf 27, 9 %, die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen bis 24 Jahre stieg auf 61,5 % (EUROSTAT). Die Katastrophe hat Klassencharakter: Bei einer Steigerung der Arbeitslosigkeit von 1 % wächst nach einer Studie der EU die Selbstmordrate um 0,79 %; entsprechend wuchs die Suizidrate von 2007 bis 2011 um 43%. Noch stärker stieg die allgemeine Sterblichkeit der Arbeitslosen (ohne Selbstmorde).

Die reguläre Gesundheitsversorgung ist unbezahlbar

Arbeitslosengeld gibt es nur 12 Monate, dann entfällt jede Unterstützung, die Krankenversicherung eingeschlossen. Die unausweichliche Folge davon ist, dass eine immer größere Zahl griechischer Bürger von der re-

gulären Gesundheitsversorgung abgeschnitten wird, weil sie diese nicht mehr bezahlen kann. Bereits jeder Dritte ist nicht krankenversichert. Trotzdem sind 25 € Eintrittsgebühr im (staatlichen) Krankenhaus geplant, unabhängig von der Krankheit. Eine Geburt kostet bis zu 1200 € usw.

Zu den Sparmaßnahmen gehören auch Stellenstreichungen beim sowieso überlasteten Krankenhauspersonal und sogar Schließung vieler Kliniken und Gesundheitszentren. Das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC, eine Agentur der Europäischen Union) hat kürzlich eine erhöhte Seuchengefahr für Griechenland festgestellt: Ausgerottete Epidemien wie Malaria oder das West-Nil-Virus kommen wieder und bedrohen so ganz Europa.

Die humanitäre Katastrophe erfordert Eigeninitiative

Angesichts dieser Situation kam es zur Einrichtung selbstverwalteter Lebensmittelläden, kostenloser Unterrichtsinitiativen, Produkttausch und Gründung von „Arztpraxen und Apotheken der Sozialen Solidarität“ in ganz Griechenland. Diese selbstverwalteten Gesundheitseinrichtungen werden in kostenloser freiwilliger Arbeit von Handwerkern, Reinigungskräften, Pfleger_innen und Ärzt_innen eingerichtet und betrieben; auch Patienten helfen auf freiwilliger Basis. In Kalamata, wo Gina arbeitete, gibt es ein Praxiszentrum mit einer internistischen, kinderärztlichen und zahnärztlichen Praxis sowie mit psychotherapeutischer Beratung und Apotheke, das in einem von der Stadt zur Verfügung gestellten Gebäude aus eigener Kraft eingerichtet wurde und arbeitet.

Geld spielt keine Rolle, denn es ist keines da

In den selbstverwalteten Praxiszentren wird jeder behandelt, egal ob Grieche oder illegaler Einwanderer, wenn er den Zugang zum öffentlichen Gesundheitssystem verloren hat. Man hilft ihm beim Nachweis dazu. Darüber hinaus helfen Ärzte aus der Region oft kostenlos bei Fällen, die vom Zentrum nicht behandelt werden können. Solche selbstverwalteten Praxiszentren der Sozialen Solidarität, die miteinander vernetzt sind, gibt es in ganz Griechenland. Sie leben von Spenden und freiwilliger unbezahlter Arbeit der Ärzte und Apotheker in der Region und verstehen sich nicht nur als Notwehreinrichtung, sondern auch als Basis für die Selbsterziehung zur Solidarität gegen die Neonazis der „Goldenen Morgenröte“ und das korrupte politische System, zu dem diese gehören.

„Unser Ziel: Überleben mit Würde“

Denn das Wichtigste bei den selbstverwalteten Betrieben ist der gemeinsame Kampf ums Überleben und die Erfahrung der Solidarität, dass man sich unterstützen kann, auch wenn man nichts hat. Helfen kann jeder, nicht nur mit Geldspenden. Ältere Medizingeräte und Medikamente dicht vorm Verfallsdatum werden dort eingesetzt, wo sie benötigt werden. Kürzlich kam ein Zahnarztstuhl, der in Thessaloniki nicht gebraucht wurde, nach Kalamata. „Aber“, so Gina, „wir wollen nicht von Almosen leben, sondern in Würde. Unser Ziel muss die Aufhebung des korrupten politischen Systems Griechenlands durch das griechische Volk von unten sein.“

Hauke Thomas und Theodora Thomas-Tsoka
nach dem Vortragsskript von Gina Panagiotopoulou

Das selbstverwaltete „Praxiszentrum der Sozialen Solidarität“ in Kalamata: Telefon: 0030-27210-89840;
e-mail: dikalkalamata@gmail.com
Webseite: www.dikalkal.wordpress.com

„Der Staat will inzwischen jeden Arzt verpflichten, ein Jahr aufs Land zu gehen. Doch wer die Möglichkeit hat, zieht einfach ganz weg. 7000 Ärzte haben Griechenland bereits verlassen.

ZDF heute in Europa 8. Januar 2014

Aus der Pflege

Herausforderung Altenpflege

Deutschland hat ein sehr teures, aber auch gut ausgebautes System der Gesundheitsversorgung. Die mittlerweile flächendeckend vorhandenen Angebote im Bereich der Pflege sind europaweit Vorbild. Trotzdem hat die Pflege mit einigen Problemen zu kämpfen.

Seit Einführung der Pflegeversicherung Mitte der 1990er Jahre haben sich die Bedingungen in der stationären und ambulanten Altenpflege deutlich verändert. Zum einen wurde der finanzielle Rahmen, in dem wir unsere Arbeit verrichten, immer enger. Über Jahre wurden bei den Verhandlungen um Entgelte, also den Tagessätzen in der stationären Versorgung und Leistungsentgelten im ambulanten Pflegebereich, die Tariferhöhungen bei Mitarbeitergehältern als „nicht wirtschaftlich notwendige“ Mehrausgaben nur anteilig anerkannt. Dies hat dazu geführt, dass es ambulante Pflegedienste kaum noch schaffen, mit ihren Einnahmen die Kosten zu decken und stationäre Pflegeeinrichtungen mit durchschnittlichen Tagessätzen von um die 100 Euro die 24-stündige Komplettversorgung inklusive aller nötigen Kosten für das Gebäude sicherstellen müssen. Dadurch haben sich die Arbeitsbedingungen für alle im Bereich Beschäftigten negativ entwickelt. Es gibt eine sehr hohe Arbeitsverdichtung, das Stichwort der Minutenpflege liegt in aller Munde. Dass es der Pflegeberuf vor diesem Hintergrund nicht schafft, ein gutes Image in der Bevölkerung zu erlangen, erscheint eine logische Folge. Massive Probleme bei der Nachwuchsgewinnung und Fachkräftemangel sind das Resultat.

Vereinzelte Pflegeskandale, die von den Medien immer wieder gerne aufgegriffen werden, haben das Vertrauen der Gesellschaft und der Politik in unseren Bereich stark angegriffen. Dies führt zu einer überbordenden Regelungsdichte und zu einem völlig überdimensionierten Apparat an Kontrollmechanismen. Dass dabei mittlerweile an den meisten Stellen nicht mehr die Qualität der eigentlichen Pflege gemessen wird, sondern die Einhaltung nie in ihrer Sinnhaftigkeit untersuchter Regeln, wird nicht mehr wahrgenommen. Die Pflegekassen dominieren das System der Selbstverwaltung des Gesundheitsbereichs, in dem auch die Leistungsanbieter beteiligt sind. Durch die starke Lobbyarbeit der Pflegekassen wird die Politik oft nur einseitig mit Informationen versorgt.

Leistungsverbesserungen im Bereich der Pflegeversicherung haben sich in den letzten Jahren auf kosmetische Maßnahmen beschränkt. Auch im gerade veröffentlichten Koalitionsvertrag für die kommende Legislaturperiode scheuen die designierten Regierungsparteien vor einem Systemwechsel und einer deutlichen Aufstockung der Finanzierung zurück. Leidtragende sind hierbei die Menschen mit Hilfe- und Pflegebedarf! Doch der schwarze Peter mit dem unterschwellig mitschwingenden Verdacht, sich bereichern zu wollen, wird den Anbietern von Pflegedienstleistungen zugeschoben. Die Kommunen, die eigentlich die Aufgabe haben, Verantwortung für ihre Bürger zu übernehmen, schieben diese auch allzu gern ab.

Im Bereich der Pflegebildung ist Deutschland im Europavergleich heute das Schlusslicht. Unsere Krankenpflegeausbildungen werden im europäischen Ausland oft nur unter Vorbehalt anerkannt, mit einer Altenpflegeausbildung hat man kaum Möglichkeiten für eine berufliche innereuropäische Mobilität. Da ist es kein Wunder, dass eine erst dieses Jahr auf EU-Ebene verabschiedete Regelung es weiterhin zulässt, dass die Zugangsvoraussetzungen für die Pflegeausbildungen in Deutschland niedriger sind als in den anderen Ländern. Man scheut aufgrund des Personalmangels vor einer Anhebung zurück, nimmt aber den auch dadurch entstehenden niedrigen Imagestatus in Kauf. Dass gleichzeitig ausländische Pflegefachpersonen hohe

Hürden zu nehmen haben, wenn sie in Deutschland arbeiten wollen, lässt sich dabei nur schwer nachvollziehen. Und die wenigen, die es schaffen, kehren Deutschland aufgrund der Arbeitsbedingungen sehr häufig schnell wieder den Rücken zu.

Hoffnung steckt aber in der Tatsache, dass heute viel mehr Menschen wie noch vor wenigen Jahren mit dem Thema Pflege konfrontiert sind. Auch wenn dieses in der Regel unfreiwillig geschieht, so steigt damit doch die Sensibilität dafür. Es bleibt abzuwarten, wann es in der Gesellschaft so präsent sein wird, dass diese sich für Veränderungen aktiv einsetzt. Bis dahin werden wir als Träger von ambulanten und stationären Einrichtungen nicht müde, Verbesserungen für die Menschen, die uns anvertraut sind, einzufordern.

Stefan Werner
Referent für Pflegemanagement
Paul Wilhelm von Keppler-Stiftung

„Es ist sicherlich absehbar, dass Europa (..) seinen Fachkräftebedarf und insbesondere seinen Bedarf an Pflegekräften (..) nicht aus sich heraus wird befriedigen können."

Brigitte Schmieg (Bundesagentur für Arbeit) im ZDF auslandsjournal 8. Januar 2014

Die Verzweiflung hat keine Stimme

Interview mit Johannes Flothow, Referent für Internationale Diakonie im Diakonischen Werk Württemberg, Projektleitung „FairCare"

Wie gerecht geht es in der häuslichen Betreuung zu, wenn Frauen aus Osteuropa beschäftigt werden, um pflegebedürftige Menschen zuhause zu versorgen?

Flothow: 98 Prozent der osteuropäischen Frauen in deutschen Haushalten arbeiten nach Einschätzungen der Agentur für Arbeit irregulär. Die Beschäftigung könnte gerecht sein, wenn sie legal wäre. Als wir uns zu Beginn mit dem Thema osteuropäischer Betreuungskräfte in deutschen Haushalten befasst haben, haben wir versucht, eigene Standards für faire Beschäftigung in dem Bereich festzulegen. Schnell wurde uns klar, dass solche Standards weit entfernt von der Lebenswirklichkeit sind. Es müssen gesetzliche Regelungen gefunden werden, die der Lebenswirklichkeit entsprechen.

Gerecht, also legal und regulär, ist die Beschäftigung von häuslichen Betreuungskräften, wenn sie sozial versichert sind und wenn das Arbeitsrecht eingehalten wird. Nach geltenden Bestimmungen gilt die 40- Stunden-Woche. Maximal acht Überstunden sind erlaubt.

Was sind die Folgen, wenn es nicht fair zugeht?

Viele Frauen werden mit den pflegebedürftigen Menschen sehr allein gelassen. Oft wird erwartet, dass sie sieben Tage pro Woche arbeiten, rund um die Uhr. Wenn es gut läuft, haben sie zwei Stunden „geregelte Freizeit" pro Tag, nämlich dann, wenn die betreute Person einen Mittagsschlaf hält. Die Arbeitszeit sprengt jeden Rahmen.

In unserer FairCare-Beratungsstelle rufen viele Frauen an, die völlig überfordert sind – fachlich und emotional. Es gibt die Mär, dass polnische Frauen für demenzkranke Menschen genau das Richtige wären, weil sie zwar kaum deutsch sprechen, aber dafür einfach „Liebe schenkten". Tatsächlich ist die Arbeit mit demenzkranken Menschen sehr belastend. Und die Frauen können sich nicht abgrenzen, denn sie leben ja mit ihren Klienten zusammen. Die Verzweiflung und Hilflosigkeit der Frauen hat keine Stimme. Man hört nichts von ihnen. Doch in unseren Beratungsstellen wird sie deutlich. Und bei unseren Partnern in Polen und Rumänien, die die Frauen oft bitten, ihr Erlebtes niederzuschreiben, um die belastenden Erfahrungen zu verarbeiten.

Wie viele Frauen sind betroffen?

Rund 100.000 bis 150.000 Menschen arbeiten irregulär in der häuslichen Betreuung in Deutschland. In Baden-Württemberg sind es nach Schätzungen der Sozialstationen 25 – 30.000 Frauen.

Warum kommen die Frauen nach Deutschland?

In unserem Projekt beobachten wir, dass die Frauen aus Polen und Rumänien im Durchschnitt 52 Jahre alt sind. Auf dem Arbeitsmarkt in ihrer Heimat haben sie sehr schlechte Chancen, vor allem, wenn sie einmal arbeitslos geworden sind. Viele nehmen aber auch unbezahlten Urlaub, um in Deutschland ihr Gehalt aufzubessern. Denn die 300 Euro pro Monat, die sie zu Hause verdienen, sind zu wenig zum Leben. Viele kommen aus verschuldeten Familien. Sie haben während des wirtschaftlichen Aufschwungs bis 2007 kleine Anschaffung getätigt, wie z.B. ein neuer Fernseher, oder Renovierungen an ihren Häusern. In der Krise seit 2009 können sie die Kredite nicht mehr bedienen und brauchen dringend zusätzliches Einkommen.

Sind die Frauen für die Betreuung älterer Menschen qualifiziert?

Ganz selten. Wir schätzen, dass weniger als 10 Prozent aus dem Bereich Gesundheit und Soziales kommen. Viele haben aber in ihrer eigenen Familie oder durch jahrelange Arbeit im Ausland Erfahrung in der Betreuung gesammelt.

Welche Alternative haben Familien mit pflegebedürftigen Angehörigen?

In unserem Projekt FairCare bieten wir neben der Beratungsstelle für betroffene Frauen aus Osteuropa auch eine legale Vermittlung von Betreuungskräften an. Hier finden Menschen Hilfe, die für die Betreuung ihrer Angehörigen Unterstützung brauchen, aber keine 24-Stunden-Betreuung. Das kann z.B. eine ältere Frau sein, die ihren Ehemann pflegt und für einige Stunden am Tag entlastet werden möchte.

FairCare ist auch möglich für berufstätige Angehörige, die nur während der Arbeitszeit Unterstützung brauchen, für die Betreuung nach einer Rehamaßnahme oder in einer Situation, in der die Nachbarschaftshilfe sehr gut funktioniert. In allen Fällen ist es sehr wichtig, dass eine gute pflegerische Versorgung durch die Sozialstationen existiert, denn die Frauen können nur alltagspflegerische Aufgaben übernehmen.

Wie viel kostet eine legale Betreuungskraft?

Eine Arbeitskraft für 40 Stunden pro Woche kostet rund 2.000 Euro im Monat. Es gibt Agenturen, die Betreuungskräfte für 1.200 bis 1.400 Euro anbieten. Aber das kann nur durch Schwarzarbeit funktionieren, auf Kosten der sozialen Absicherung. Für die Finanzkontrolle scheint die Grenze zwischen Polen und Deutschland unüberwindbar zu sein. Das ist unfassbar. Es muss endlich nachgefragt werden, wo die entsendenden Firmen Steuern zahlen, und dafür gesorgt werden, dass die Frauen legal und mit vollem Sozialschutz beschäftigt werden.

Was kann die Politik tun?

Das Wegschauen hat System. Wir brauchen gesetzliche Regelungen, die für die Betreuungsarbeit in den Haushalten einen Rahmen schafft. Arbeitszeit und Bereitschaftszeit müssen geregelt werden. Die Schwarzarbeit wird toleriert, weil wir bisher keine politische Lösung haben. Und weil Familien und Pflegekassen viel Geld sparen, rund 800 Millionen Euro pro Jahr. Wenn wir älter werden, dann brauchen wir alle viel Betreuung und das ist teuer. Es darf nicht mehr heißen, anders kann man es nicht finanzieren, als durch Schwarzarbeit. Andere Länder wie Österreich haben uns vorgemacht, dass es Lösungen gibt, wenn der politische Wille da ist. Dass Deutschland das ILO-Übereinkommen zum Schutz von Hausangestellten im Juli 2013 ratifizierte, gab Hoffnung, dass sich die Lebens- und Arbeits-

bedingungen der Frauen aus Osteuropa, die in fremden Haushalten arbeiten, verbessern. Aber inzwischen hat die Regierung die Abgrenzung zwischen Arbeitszeit und Freizeit bei Betreuungskräften als unregelbar bezeichnet und damit den Schutz in diesem Bereich ausgehebelt.

Die Fragen stellte Mareike Ehrhardt

Menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte

Das Übereinkommen 189 über eine „Menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte“ der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) vom Juni 2011 wurde von der Bundesrepublik Deutschland im Juli 2013 ratifiziert und trat im September 2013 in Deutschland in Kraft.

Weltweit arbeiten über 52 Millionen Menschen in fremden Haushalten, davon sind 44 Millionen Frauen. Das Übereinkommen lenkt die Aufmerksamkeit auf die oft prekären und ungeschützten Lebens- und Arbeitsbedingungen von Hausangestellten. Für Deutschland wird die Zahl der nicht-sozialversichert und irregulär in Haushalten arbeitenden Personen auf 2,25 Millionen Personen geschätzt. Zwischen 120.000 und 150.000 Betreuungskräfte aus Osteuropa leben und arbeiten oft nicht sozialversichert und unter unwürdigen Bedingungen in Haushalten mit pflegebedürftigen Personen.

Mit dem Inkrafttreten des ILO-Abkommens 189 hat sich Deutschland verpflichtet, für alle Hausangestellten - also auch für Betreuungskräfte - legale, sozialversicherte und würdige Arbeitsbedingungen zu schaffen. Insbesondere heißt das: transparente und legale Regelungen von Arbeitszeit, Ruhezeiten, Urlaub und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall sowie Zugang zum gesetzlichen Sozialschutz, wie Krankenversicherung oder Rentenversicherung.

Das Projekt FairCare der Diakonie Württemberg setzt sich seit zwei Jahren dafür ein, würdige, legale und sozialversicherte Beschäftigungsverhältnisse auch für diese Frauen schaffen.

Johannes Flothow

Weitere Informationen

Vermittlung und Beratung durch vij: Tel.: 0711 23941-37 faircare@vij-stuttgart.de

Beratung für Betreuungskräfte durch FIZ: Kostenlose Hotline: 0800 99 55 600 oder bei

Maria Simo: Tel.: 0711 23941-25 simo@vij-stuttgart.de

Projektleitung Diakonie Württemberg: Johannes Flothow Tel.: 0711 1656-282

Flothow.J@diakonie-wuerttemberg.de

Evangelische Frauen in Württemberg: Tel.: 0711 2068-220/279 efw@elk-wue.de

Brennpunkt Arbeitswelt

Zwischen allen Stühlen

Uschi C. ist von Beruf Oekotrophologin, auf deutsch Hauswirtschaftsleiterin. Als solche kann sie die hauswirtschaftliche Leitung eines Krankenhauses oder die Großkantine eines Betriebs übernehmen. Sie arbeitete in einem Drei-Generationen-Haus, in dem sie junge Frauen ohne Schulabschluss zu hauswirtschaftlichen Helferinnen in der Großküche ausbildete, was den Schulabschluss einschloss. Das machte sie mit Begeisterung bis die Familienphase dran war. Sie bekam drei Kinder. Nach den sieben Jahren Mutterschutz wollte sie wieder in ihren Beruf zurückkehren. Das ging aber nicht, weil es nur 100-Prozent-Stellen gab, was sie ihren Kindern nicht antun wollte. Deshalb musste sie kündigen. Also betreute sie neben ihrer Familie in der Nachbarschaftshilfe alte Menschen, machte den Haushalt, ging einkaufen, erledigte die Bankgeschäfte und freute sich darüber, wie dankbar ihre Kundinnen dafür waren. „Das hat mir gut getan“, gibt sie zu. Deshalb brauchte es nach ihrem Umzug nicht viel Überredungskunst einer Freundin, in den Krankenpflegeverein am neuen Ort einzusteigen - vorübergehend, bis sich in ihrem Beruf etwas ergeben sollte. Es wurden zehn Jahre, weil die Arbeit einfach Spaß machte.

Aber im Herbst 2012 erhielt sie ein Angebot für ein Pilotprojekt. In einem so genannten Nachbarschaftshaus, in dem unten die So-

zialstation und eine Kurzzeitpflege untergebracht sind, wurde oben eine „Wohngemeinschaft“ für neun an Demenz Erkrankte eingerichtet. Jede Person hat ihr eigenes Zimmer, in das sie sich zurückziehen kann. Im großen Wohnraum können sie sich treffen zum gemeinsamen Tun. Dafür wurden Betreuerinnen gesucht. Uschi C. bewarb sich. Aber da die Ausschreibung sehr spät kam und sie eine dreimonatige Kündigungsfrist hatte, klappte es nicht. Im Februar 2013 wurde eine Stelle vakant und Uschi C. traf sich mit dem Leiter der Wohngemeinschaft. Er erklärte ihr den Unterschied zu einem Heim und betonte, dass in seinem Haus die Menschen so unterstützt würden, dass sie noch selbstständig leben könnten.

Sie sollten selbst Gemüse putzen und in der großen Küche kochen, die Wäsche in die Waschmaschine stopfen und nachher zusammenlegen. Es soll keine Heim-Atmosphäre entstehen. Geleitet wird diese Gemeinschaft von einer Gruppe, die die Pflege, die Angehörigen und die Stadt vertreten. Außerdem gibt es noch einen Zuständigen für Kultur und Musik. Uschi C. erhielt eine mündliche Zusage für die Stelle für Januar 2014 für dasselbe Gehalt, das sie im Krankenpflegeverein bekam. Da sie mittlerweile vier Monate Kündigungsfrist hatte, musste sie Ende August kündigen.

Der Personalchef versprach, vor seinem Urlaub etwas Schriftliches zu schicken. Aber es kam nichts. Mitte August fragte Uschi C. nach und erhielt als Antwort, er habe ihre Unterlagen nicht gefunden. Einen Tag vor ihrer Kündigungsfrist kam der Vertrag mit zirka 250 Euro weniger Gehalt als versprochen und die Entgeltgruppen in der beigefügten Kirchlichen Anstellungsordnung waren so unübersichtlich, dass sich Uschi C. darin nicht fand. Sie rief im Personalbüro an. Die Sachbearbeiterin, die ihren Vertrag geschrieben hatte, sagte, das liege daran, dass sie als Alltagsbetreuerin eingestuft sei. Dagegen protestierte Uschi C. Der Chef habe sie nach ihrer Qualifikation als Hauswirtschafts-Fachkraft eingestellt und die Zeugnisse verlangt. Das sei etwas anderes, meinte die Dame und schickte sie zum Pfarrer, bei dem die Papiere lagen. Sofort wurde sie drei Stufen höher eingesetzt, aber es war immer noch weniger als ihr momentaner Verdienst. Es gebe noch eine Möglichkeit, die Differenz auszugleichen, erfuhr Uschi C., nämlich bei der Landeskirche einen Antrag auf Gleichstellung des Gehalts zum vorigen Arbeitsplatz zu stellen. „Ich sehe nicht ein, dass ich für weniger arbeite“, sagt Uschi C., „schließlich habe ich dann auch Wochenenddienst.“

Uschi C. gab ihrem Chef im Krankenpflegeverein die Kündigung mit der Bitte, sie erst einmal in die Schublade zu legen. Zu 80 Prozent sei ihr der neue Job sicher. Anfang November konnte er nicht mehr warten und bestätigte die Kündigung. Der neue Vertrag war immer noch nicht da. Ein Nachbar von Uschi C., der sich in der Materie auskennt, wies sie auf den Übungsleiterfreibetrag hin, den jemand erhält, der an einem Menschen arbeitet und nicht nur betreut. Aber das ist eine Sache der Einkommensteuer-Abrechnung. Uschi C. wollte ihren Vertrag korrekt ausgefüllt haben. Der Personalchef sah keine Möglichkeit mehr, weil der hauswirtschaftliche Anteil an ihrer Arbeit geringer sei als die Betreuung. Das begreift nun Uschi C. nicht. „Meine Arbeit besteht darin, die Leute aus dem Bett zu holen, gemeinsam das Frühstück zu richten, einzukaufen, zu kochen, Wäsche zu waschen und mich um den Haushalt zu kümmern. Für den pflegerischen Anteil werde ich noch auf einen Kurs geschickt, obwohl ich schon vorher Alte gepflegt habe.“ Außerdem habe sie in ihrer Freizeit entsprechende Seminare mitgemacht. Stand der Dinge: Der Verein müsste den Rest zuschießen. Private Situation für Uschi C.: Der alte Vertrag mit dem Krankenpflegeverein ist gekündigt, der neue mit ihren Vorstellungen ist noch nicht da. Und die alten Damen, die sie verlassen will, jammern.

Renate Lück

Wer sich für die Europawahl am 25. Mai vorbereiten will, findet hier viele gesammelte Informationen und ab Anfang Mai auch einen Wahl-O-Mat: www.politische-bildung.de/europawahl_2014.html

Aus der Katholischen Betriebsseelsorge

Internationaler Frauentag

Zum Internationalen Frauentag zeigten wir am Freitag, den 8. März, den italienischen Spielfilm „Das ganze Leben liegt vor Dir“. Die anschließende Gesprächsrunde drehte sich um das Thema „Arbeitsleben heute - Wunsch und Wirklichkeit“.

Unter dem Motto „Tänze der Freude, Hoffnung und Dankbarkeit“ tanzten dann am Samstag mit großer Begeisterung Frauen zu folkloristischen und indianischen Liedern. Phoebe McDonald steckte mit Ihrer Lebensfreude an und so wurde dieser Nachmittag zu einem ganz besonderen Highlight.

Tagesseminar des Betriebs- und Personalrätekreises

Am 12. Juni trafen sich morgens um 7.00 Uhr Betriebs- und Personalräte um gemeinsam mit dem Bus Richtung Schwarzwald zur Rothaus-Brauerei zu fahren. Hier wurden sie bereits vom Betriebsrat der Brauerei zum diesjährigen Seminar für Betriebs- und Personalräte erwartet. Hoch interessant war unter anderem die ausführliche Besichtigung dieser modernen Brauerei.

Barbara-Markt

Zum dritten Mal hieß es am Samstag, 7. Dezember: „Der Barbara-Markt ist eröffnet“. Auch in diesem Jahr haben fleißige Hände wieder gestrickt, gebastelt und gebacken. Zudem gab es erstmalig eine Tombola. Viele haben sich einladen lassen, diesen Nachmittag gemeinsam mit uns bei einer Tasse Kaffee und Kuchen und später mit von unserer Kochwerkstatt gekochtem Chili Con Carne gemütlich zu begehen.

Aus der Evangelischen Betriebsseelsorge

Rückblick auf das Jahr 2013

Am 6. Februar war Pfarrer Zweigle auf Einladung der Kanzlerin in Berlin. Angela Merkel diskutierte mit dem Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland, Präses Nikolaus Schneider, dem katholischen Bischof von Essen, Franz-Josef Overkamp, dem Sindelfinger Betriebsseelsorger, einem Unternehmer und drei Professorinnen über die „Zukunft der Arbeit - Arbeit der Zukunft". „Die Kirchen sollten in der Arbeitswelt nicht alles hinnehmen, sondern immer wieder die Stimme des Außerökonomischen sein", forderte anschließend die Politikerin.

Ebenso als Fachmann nahm Hartmut Zweigle am 23. Juli an einem Fernsehgespräch zum Thema „Minijob, Zeitarbeit, Befristung – Schöne neue Arbeitswelt?" teil, das in verschiedenen Regionalsendern ausgestrahlt wurde. Der Betriebsseelsorger diskutierte mit dem Arbeitsmarktforscher Professor Dr. Bernhard Boockmann und Christine Dorer vom DGB.

Im Februar kamen zum Brunch des Verdi-Ortsvereins Krankenschwestern und Altenpflegerinnen in die Betriebsseelsorge und redeten sich ihre Nöte von der Seele: Die Arbeitsbedingungen seien katastrophal; es gebe Vorgaben, die man nicht einhalten könne, und die Bezahlung ist schlecht. Dabei würden immer mehr Pflegekräfte gebraucht.

Der Oster-Gottesdienst stand unter dem Thema „Das Netz ist voll". Die Anwesenden konnten ihre Kommentare auf Kärtchen schreiben, die Pfarrer Paul Schobel als Fische in das Netz hängte. Bezirkskantor Matthias Hanke und Betriebsrat Dr. Jürgen Werner begleiteten die Feier musikalisch und die Frauen und Männer des Erwerbslosentreffs ließen es sich nicht nehmen, für das Osteressen zu sorgen.

Der Gottesdienst am 1. Mai wurde zum ersten Mal im Haus der evangelischen Betriebsseelsorge gefeiert, weil auch die Demonstration der Gewerkschaften in Sindelfingen stattfand. Das Thema „So viel du brauchst" war vom Evangelischen Kirchentag in Hamburg übernommen und wurde am Disput Mose - Pharao als Beispiel eines frühen Arbeitskampfes durchdekliniert. Aktuell wurde derer gedacht, die kurz vor der Arbeitslosigkeit stehen, und für die gebetet, die für ihre Kolleginnen und Kollegen einstehen. Die Gewerkschafter auf dem Marktplatz gedachten des Überfalls der SA und SS vor 80 Jahren, als das Vermögen ihrer Vorgänger beschlagnahmt und etliche in „Schutzhaft" genommen wurden.

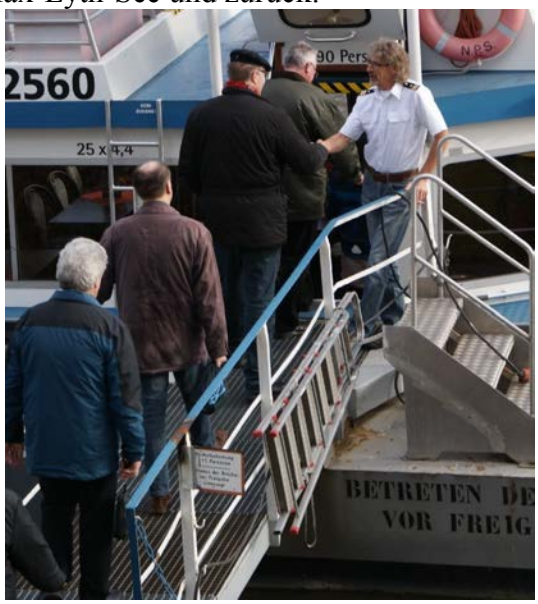
Am 29. und 30. Juni organisierten die Mitglieder der Sindelfinger ACK einen ökumenischen Kirchentag zum Sindelfinger Stadtjubiläum. Der Förderverein der evangelischen Betriebsseelsorge gestaltete in Zusammenar-

beit mit der katholischen Betriebsseelsorge einen Stand in der Planie, die zum Markt der Möglichkeiten wurde. Pfarrer Zweigle hielt im Stiftshof einen Vortrag zum Bibeltext: „Aus der Stadt stöhnen Sterbende, der Erschlagenen Leben schreit laut“ (Hiob 24,12) über die Kirche und die Lebensnöte in der Stadt. Nach dem dichten Programm am Samstag fanden sich Sonntag noch einmal alle zusammen zu einem fröhlichen Gottesdienst auf dem Marktplatz.

An unserer Klausurtagung am 5. Juli sollte es einen Rückblick auf die vergangenen sechs Jahre und einen Blick in die Zukunft geben (Wer möchte nach der Kirchenwahl weitermachen?). Karl-Heinz Münch hatte es als Moderator auch gut vorbereitet. Aber als Hartmut Zweigle bekanntgab, dass er zum Jahresende die Stelle wechselt, war die Tagesordnung vom Tisch. Den Rückblick holten wir bei der letzten Sitzung vor der Kirchenwahl nach.

Nach dem Stellenwechsel von Pfarrer Wolfgang Ristok brauchte der Förderverein einen neuen Vorsitzenden. Auf der Sondersitzung am 10. Januar wurde Claus Ganzhorn gewählt, der sich schnell einarbeitete und mit großem Engagement diese Aufgabe wahrnimmt (im Bild zweiter von links).

Der Förderverein ermöglichte dem Erwerbslosentreff wieder einige Kultur-Höhepunkte, wie das Konzert „Celebrate Bach“ und das Sindelfinger Musical „Sirenen der Heimat“ in der Stadthalle. Die Freizeit am Bodensee kam mangels Teilnehmern nicht zustande, stattdessen fuhr eine große Gruppe auf dem Neckar von Bad Cannstatt bis zum Max-Eyth-See und zurück.



Nach einer langen Zeit ohne Leitung, in der alle „Verdächtigen“ das Programm gestalteten, fand sich Sozialarbeiterin Susanne Wildt, die den Erwerbslosen-Treff nun übernehmen wird. Beim Plätzchenbacken konnte sie die Mitglieder schon gut kennenlernen.

Unsere Sekretärin Iris Jung feierte am 4. September ihr zehnjähriges Schaffen in der Betriebsseelsorge.

Am 1. Dezember wurden in Württemberg die Kirchengemeinderäte neu gewählt, so dass sich nach der ersten Sitzung der Bezirkssynode ein neuer Bezirksausschuss Betriebsseelsorge bilden wird. Bis ein Nachfolger oder eine Nachfolgerin für Pfarrer Zweigle nach Sindelfingen kommt, wird es wohl Sommer werden.

Abschied von Pfarrer Zweigle

Pfarrer Hartmut Zweigle, evangelischer Betriebsseelsorger seit 19 Jahren, verlässt den Kirchenbezirk Böblingen und wird ab 1. Februar 2014 geschäftsführender Pfarrer in Stuttgart-Feuerbach.

Eigentlich ist dies im ersten Moment nicht vorstellbar. Für die meisten sind Evangelische Betriebsseelsorge und Hartmut Zweigle eine Einheit. Ihm ist es gelungen, dass das Hinterhaus in der Vaihinger Straße in Sindelfingen Anlaufstelle und Heimat für Viele wurde. Er war Ansprechpartner für erwerbslose Menschen, von Mobbing-Betroffene und unter schlimmen Arbeitsbedingungen Leidende.

Seine Solidarität gilt den Schwachen. Seine Kompetenz, Konfliktfähigkeit und Dialogbereitschaft wurde von Arbeitnehmern, Betriebsräten, Gewerkschaftern und Arbeitgebern anerkannt und nachgefragt. Er wurde gesuchter Gesprächspartner für „beide Seiten“. Immer war „der Pfarrer“ in ihm spürbar, im Gespräch, bei den Einsätzen vor Ort und natürlich in den ökumenischen Gottesdiensten. Wir erinnern uns gerne und mit Wehmut daran.

Wir danken Pfarrer Zweigle für diese Aufbau-Arbeit, für seine Zugewandtheit und die Wertschätzung, die jede und jeder Einzelne erfahren hat, für die Gruppen und Foren, die er aufgebaut und gestaltet hat, für gemeinsame Erfahrungen und Erlebnisse.

Am 26. Januar haben wir ihn verabschiedet in einem Gottesdienst und mit einer großer Feier in der Christuskirche in Sindelfingen.

Wir hoffen, spätestens im Sommer einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin begrüßen zu können. Denn diese wichtige Arbeit wird weitergehen auch dank seines Einsatzes und der vielen anderen zum Erhalt der Betriebsseelsorge.

Pfarrer Zweigle wünschen wir Gottes Segen in seinem neuen Aufgabengebiet, damit sein Wirken dort ebenso segensreich sein wird!

Im Namen des Bezirksausschusses Betriebsseelsorge im Kirchenbezirk Böblingen

Ulrike Stepper

19 Jahre Betriebsseelsorge

Am 1. März 1995 begann ich als Betriebsseelsorger. Eine junge Journalistin meldete sich in den ersten Tagen meines Dienstes, um ein Porträt über mich zu schreiben. Als ich ihr schilderte, dass ich einen großen Teil meines Studiums mit unterschiedlichen Jobs verdient habe, wollte sie in der Überschrift ausdrücken, dass ich mit der Arbeitswelt auf Du und Du bin. Ob es der Druckteufel war, dass in der Zeitung dann die Überschrift erschien: „Zweigle ist mit der Arbeitswelt perdu.“? Nun bedeutet das französische „perdu“ bekanntlich: „verloren“. Demnach wäre ich mit der Arbeitswelt also verloren gewesen

Rückblickend kann ich dem Wort „perdu“ sogar etwas abgewinnen: Ich habe nämlich in den 19 Jahren tatsächlich mein Herz an diese Aufgabe als Betriebsseelsorger verloren. Kaum eine schönere Arbeit hätte ich mir vorstellen können. Dankbar blicke ich auf unzählige Betriebskontakte, Betriebsbesuche und Betriebsversammlungen zurück, bei denen ich einen tiefen Einblick in viele Bereiche der Arbeitswelt erhielt. Bei insgesamt etwa 30 Betriebsschließungen war ich dabei. Auch wenn dies keine schönen Erfahrungen waren, so hat mich der gemeinsame Kampf um die Arbeitsplätze und viele Beispiele gelebter Solidarität sehr berührt. Mich hat beglückt, wie mir als Seelsorger Menschen in unzähligen Gesprächen ihre Hoffnungen und Sorgen anvertraut haben. Menschen quer durch alle Milieus, Schichten und Berufe. Oft kamen in den Gesprächen neben Fragen der Arbeitswelt noch ganz andere Lebensprobleme zur Sprache. Gerne denke ich auch daran, wie in der Betriebsseelsorge Menschen in Gruppen sich austauschen und zeitweise Heimat finden konnten oder können, beispielsweise im Erwerbslosentreff, in der Mobbinggruppe oder im Betriebs- und Personalrätekreis. Mit Podiumsdiskussionen und Vorträgen bin ich weit herumgekommen. Ich habe versucht, wo es

mir möglich war, die Stimme für die Schwachen und Benachteiligten zu erheben. – Leider hat tendenziell der Druck am Arbeitsplatz zugenommen, sind die Reallöhne der Arbeitnehmer im Verhältnis zu den gestiegenen Lebenshaltungskosten gesunken und viele prekäre Arbeitsplätze entstanden. Es bleibt eine Aufgabe, die Arbeitswelt menschengerechter zu gestalten! – Wie gut war es all die Jahre hinweg, dass wir nicht nur kämpfen, sondern großartige ökumenische Gottesdienste miteinander feiern und Kraft aus unserem Glauben schöpfen konnten.

Ob meine Arbeit im Ganzen gelungen ist oder nicht, das mögen andere beurteilen. Dietrich Bonhoeffer scheint mir recht zu haben, wenn er schreibt: „Im normalen Leben wird einem oft gar nicht bewusst, dass der Mensch überhaupt unendlich mehr empfängt, als er gibt."

Ich habe viel empfangen – mehr als ich gegeben habe - und deshalb vielen zu danken. Alle aufzuzählen, denen ich zu danken hätte, dazu reicht der Platz nicht. Deshalb nur ein allgemeines: Danke an Euch/ Sie alle, die ich vor Ort kennen und schätzen gelernt habe und die mir vertraut haben. Vergelt' s Gott! Der Abschied fällt mir schwer, auch wenn ich gespannt bin auf das, was mich in Feuerbach erwartet. Aber wir gehen uns ja nicht völlig verloren. Auf Begegnungen mit Ihnen/Euch auch nach dem 31. Januar freue ich mich.

Hartmut Zweigle

Angebote

Evangelische Betriebsseelsorge

Die Veranstaltungen (soweit nicht anders angegeben) finden im Haus der Betriebsseelsorge Sindelfingen, Vaihinger Straße 24, statt.

- 26. Januar 11 Uhr: Verabschiedung Hartmut Zweigle in der Christuskirche Sindelfingen
- 16. Februar 10.30 Uhr: **Sindelfinger Forum** (Brunch mit ver.di) „Tarifverträge"

Gruppenangebote

- **Erwerbslosentreff Sindelfingen** meist 14-tägig mittwochs von 15-17 Uhr: 8.+22. Januar, 5.+19. Februar, 12.+26. März, 9.+30. April, 14.+28. Mai, 25. Juni, 2.+23. Juli. Erwerbslosentagung 2.-4. Juni in Bad Boll, Anmeldung erforderlich. Weitere Termine und Themen auf der Homepage: www.ev-betriebsseelsorge.de

Katholische Betriebsseelsorge

Die Veranstaltungen (soweit nicht anders angegeben) finden im Arbeiterzentrum Böblingen, Sindelfinger Straße 14, statt.

- 18. Januar 17.30-20 Uhr: **Abend der Arbeitenden** an der Krippe in Malmsheim
- 28. Februar 19 Uhr: **Kultureller Feierabend** (Fasching) mit der Blues-Rock-Band „blue & true"
- 8. März 14-18 Uhr: **Kultureller Nachmittag** zum Internationalen Frauentag
- 19. März 14-17 Uhr: **Josefstag** aller Mitglieder im KAB-Bezirk „Schönbuch"
- 4.-6. April: **Besinnungstage** zusammen mit der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) im Bildungshaus des Klosters Untermarchtal
- 25. April 18 Uhr: **BS-Fest**
- 6. Mai 7-19 Uhr: **KAB-Seniorentag (Nord)** in Geislingen/Steige
- 15. Mai 18-20 Uhr: **Politischer Feierabend** „Politische Jugend" anlässlich von Kommunal- und Europawahl
- 23. Mai 19.30 Uhr: **Kultureller Feierabend** Tanz im Juni mit „Swingmobil"

- 26. Juni 9-20 Uhr: **Gemeindewanderung** nach Gmünd zur Landesgartenschau
- 29. Juni: **Paul Schobels 75er-Fest**
- 25. Juli 19-21.30 Uhr. **Kultureller Feierabend** „Humor mit Hanne“
- 15.-19. September: **BS-Bildungsreise** nach Aachen (ausgebucht)
- 26. September 19 Uhr: **Gemeindeversammlung**
- 9. Oktober 7-21 Uhr: **KAB-Seniorenwallfahrt** nach Bad Buchau
- 9. Oktober 18-20.30 Uhr: **Rechtlicher Feierabend** „Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit“ (gemeinsam mit ver.di Ortsverein Böblingen)
- 6. Dezember 14-18 Uhr: (Vierter) **Barbara-Markt**.

Offene Treffpunkte

- **Wirtschafts-Ethik** üblicherweise am 1. Montag im Monat von 17-19 Uhr: 13. Januar, 3. Februar, 10. März, 14. April, 5. Mai, 2. Juni, 7. Juli, 1. September, 6. Oktober, 3. November und 1. Dezember
- **Arbeitslosen-Treff/STP-Stammtisch** üblicherweise am 1. Dienstag im Monat von 16-17.30 Uhr: 7. Januar, 4. Februar, 4. März, 1. April, 6. Mai, 3. Juni, 1. Juli, 2. September, 7. Oktober, 4. November und 2. Dezember
- **„Mein Drittes Leben / Abschied vom Erwerbsleben“** üblicherweise am 2. Mittwoch im Monat von 16-18 Uhr: 8. Januar, 12. Februar (mit Florian Wahl, MdL „Im Gespräch mit einem Politiker“), 12. März, 9. April, 14. Mai (mit Reinhard Mohr, ACE „Als älterer Verkehrsteilnehmer unterwegs“), 11. Juni, 9. Juli (mit Ulrike Izuora „Die Situation von Integrationswilligen“), 10. September, 8. Oktober, 12. November und 10. Dezember
- **Frauenkontakt-Frühstück** üblicherweise am 2. Donnerstag im Monat von 9.30-12 Uhr: 9.+23. Januar, 6.+20. Februar, 6.+20. März, 3.+17. April, 8.+22. Mai, 5+26. (Gemeindewanderung) Juni, 10.+24. Juli, 11.+25. September, 9.+23. Oktober, 6.+20. November, 4.+18. Dezember
- **Gottesdienst „die atempause“** üblicherweise am letzten Freitag im Monat von 18-19.30 Uhr: 28. Februar (Walter), 28. März (Wolfgang), 30. Mai (Paul), 1. August (Walter), 26. September (Paul), 31. Oktober (Walter, „Abschied vom Erwerbsleben“), 28. November (Wolfgang).
- **Daimler-Treff** jeweils ein Samstag im Vierteljahr von 18-19.30 Uhr
- **IT40Plus** für ältere Beschäftigte in IT-Berufen oder der IT-Branche zu Wissensvermittlung und Erfahrungsaustausch, üblicherweise ein Donnerstag im Vierteljahr von 19.30-20.30 Uhr: 16. Januar, 10. April, 11. September und 27. November.

Weitere Treffpunkte

- **Koch-Werkstatt – Gemeinsam kochen und speisen** üblicherweise am 3. Montag im Monat von 17 - 21 Uhr: Teilnahme nach Vorgespräch mit Küchenchef Rolf Schäfer – 27. Januar, 17. Februar, 24. März, 28. April, 19. Mai, 23. Juni, 21. Juli (Grillen)
- **„Burn-Out erkennen und bewältigen“** jeweils ein Mittwoch im Monat von 18.30-20 Uhr: Teilnahme nach Vorgespräch mit Betriebsseelsorger Wedl – 22. Januar, 19. Februar, 26. März, 16. April, 28. Mai, 25. Juni, 23. Juli, 24. September, 22. Oktober, 26. November und 17. Dezember
- **Gemeindeleitung** jeweils am 2. Montag im Monat von 16.30-19.30: 20. Januar (mit Jörg Rinderknecht), 10. Februar, 17. März (mit Wolfgang Herrmann), 7. April, 12. Mai (mit Uwe Meinberg), 27./28. Juni (Jahresklausur voraussichtlich im Monbachtal), 31. Juli 18 Uhr (Jahresabschluss-Essen), 8. September, 13. Oktober, 10. November und 8. Dezember

Notiert für 2014...

Katholische Betriebsseelsorge Böblingen
Betriebsseelsorger Walter Wedl
Arbeiterzentrum: Sindelfinger Straße 14, 71032 Böblingen
Telefon (07031) 6607-50, Telefax (07031) 6607-59
eMail: Boeblingen@Betriebsseelsorge.de
Bürozeiten: MO und DI 14-16 Uhr; MI, DO und FR 9-12 Uhr
Spendenkonto: 205 15 69 bei der Kreissparkasse Böblingen (BLZ 603 501 30)

- Gemeinsame Veranstaltungen beider Betriebsseelsorgen -

31. Januar	18:00	Neujahrsempfang	Arbeiterzentrum Böblingen
19. April	18:00	Ostergottesdienst	Haus der Betriebsseelsorge Sindelfingen

1. Mai	10:00	Gottesdienst zum Tag der Arbeit	Haus der Betriebsseelsorge Sindelfingen
24. Dez.	15:00	Heiligabend	Arbeiterzentrum Böblingen

- Ökumenischer Betriebs- und Personalrätekreis -

Regelmäßige Treffen üblicherweise am 3. oder 4. Donnerstag im Monat von 19 – 21 Uhr.
Der Ort wechselt zwischen Arbeiterzentrum Böblingen (vor den Sommerferien) und Haus der Betriebsseelsorge Sindelfingen (nach den Sommerferien): 20. Februar, 20. März, 22. Mai, 20. November, 18. Dezember.
Das jährliche Tagesseminar ist für den 24. Juni geplant.
Am 24. Juli findet wieder ein Grillabend mit Forellenessen statt.
Schon geplant ist der Oasentag am 7. Oktober in Herrenberg (begrenzte Teilnehmerzahl).

Evangelische Betriebsseelsorge Sindelfingen
Pfarrstelle derzeit nicht besetzt
Haus der Betriebsseelsorge: Vaihinger Straße 24, 71063 Sindelfingen
Telefon (07031) 222608, Telefax (07031) 233367
Internet: www.ev-betriebsseelsorge.de, eMail: BetriebsseelsorgeBB@web.de
Bürozeiten: vormittags
Gespräche nach telefonischer Vereinbarung
Spendenkonto Förderverein: 904742 bei der Kreissparkasse Böblingen (BLZ60350130)